

vor als nach dem Essener Parteitag eine richtige politische und organisatorische Linie durchzuführen, und daß sich die Partei einen großen Einfluß in den Massenorganisationen des Proletariats und in der gesamten Arbeiterschaft, besonders in den großen Betrieben in Deutschland gesichert hat. Zu diesen Erfolgen hat nicht unwesentlich die große Popularität des Genossen Thälmann beigetragen.

Aus allen diesen politischen Gründen spricht das Präsidium des ZKZ dem Genossen Thälmann das volle politische Vertrauen aus und beschließt ausdrücklich, daß er sofort wieder alle ihm vom Essener Parteitag der SPD und vom 6. Weltkongress der Komintern aufgetragenen Funktionen unverzüglich zu übernehmen hat. Das bedeutet die vollständige politische und moralische Rehabilitierung des Führers der kommunistischen Partei Deutschlands.

Die innerparteilichen Ereignisse seit dem 26. September bis heute brachten der Partei eine große Lehre und große Erfahrungen. Die Partei hat gesehen, wie verhängnisvoll und gefährlich es ist, wenn durch Fraktionsbildung die Gegensätze in der Partei verärgert werden, und wenn die Fraktionsinteressen derart über Parteinteressen gestellt werden, daß die Partei der Verleumdungskampagne der Gegner ausgeliefert und vor der gesamten Volkseinheit kompromittiert wird. Die Resolution fordert ausdrücklich, daß das ZK in allen Bezirken einen andauernden ideologischen Kampf gegen die rechten Strömungen innerhalb der Partei und gegen die versöhnlerischen Gruppen führen muß, um einen einheitlichen Parteitag zu erreichen. Einen Parteitag, der der Partei eine Leitung geben wird, die verbunden mit allen Organen der Partei bis zu den Betriebszellen, einen einheitlichen ehernen Block als revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats bilden wird. Zudem das Präsidium des ZKZ die Aufmerksamkeit der gesamten Mitgliedschaft der SPD auf die großen gegenwärtigen Aufgaben lenkt, die die größte Energie, die stärkste Schlanke und die größtmögliche Geschlossenheit der Partei fordern, weist es zu gleicher Zeit auf die bevorstehenden neuen Kämpfe hin, die die totale Überwindung der innerparteilichen Gegensätze notwendig machen.

Wir sind davon überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit der Partei den Beschluß des ZKZ auf das freudigste begrüßen wird. Wir sind davon überzeugt, daß nachdem durch diesen Beschluß die Angelegenheit erledigt ist, die Partei hoffnungsvoller und tatkräftiger denn je ihre Aufgaben im Dienste des deutschen und des Weltproletariats erfüllen wird.

Terror in Oesterreich

Verfolgung der Kommunisten — Die Mitglieder der Zentrale verhaftet

Wien, 10. Oktober (Agentur-Beilage.)

Die verhafteten Mitglieder des ZK der SPD befinden sich im Wiener Landgericht, obwohl der Antrag zu ihrer Verhaftung vom Kreisgericht Wien-Reuland ausgegangen war.

Ueber die Ursache der Verhaftung der ZK-Mitglieder, Genossen Tomann, Schlamm und Benedikt, ist offiziell nichts bekanntgegeben worden. Die bürgerliche Presse teilt aber mit, daß diese drei am Montag verhafteten Genossen unter der Anklage des Hochverrats verhaftet wurden, weil sie die Leiter der kommunistischen Agitation am 7. Oktober gewesen seien.

Außer den Genossen Tomann, Schlamm und Benedikt befinden sich noch die Genossen Koplenik, Fiedler und Kiehl, die ebenfalls dem ZK der SPD angehören, sowie die sozialdemokratischen Genossen Victor Stern und Planitz in Haft. Gegen die übrigen Mitglieder des ZK sind Haftbefehle erlassen worden.

Vor der Entwaffnung der Arbeiter

Zur Konferenz über die „innere Abrüstung“, die für Donnerstag den 11. Oktober einberufen ist, nimmt die bürgerliche Presse in einheitlichem Sinne Stellung.

Ein offizielles Kommuniqué, das von der Christlich-Sozialen Partei stammt, legt für die innere Abrüstung zwei Bedingungen fest: Schaffung eines Antiterrorgesetzes (praktisch also die Verleugung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft) und Abrüstung des sozialdemokratischen republikanischen Schutzbundes vor der Abrüstung der Heimwehr.

Diese Entwaffnung wird sich selbstverständlich auf die Arbeiter beschränken, während die Faschisten auch weiterhin bewaffnet bleiben. Die Führer der österreichischen Sozialdemokratie haben sich schon mit dieser Entwaffnung einverstanden erklärt, ja sie sind geradezu die Vater dieses Vorwärtiges. Haben sie doch selber erst dieses Angebot unterbreitet.

„Der Pfiff von Moskau“

Die gesamte sozialdemokratische Presse lobt gestern natürlich in verklärter Manier gegen den Genossen Thälmann und die SPD. Die Feststellungen des Exekutivkomitees, daß Genosse Thälmann an der Korruption nicht beteiligt, die Feststellung, daß der Führer der SPD im Interesse der Bewegung des revolutionären Proletariats handeln wollte und trotzdem gefasst bekam, daß er einen Fehler gemacht, hat den Korruptionsschreibern den Wind aus den Segeln genommen. Sie stürzen sich deswegen jetzt auf eine andere Melodie: Moskau hat befohlen. Dieser neue Weg soll zur Diskreditierung der kommunistischen Internationale benutzt werden. Die Arbeiter wissen aber genau, daß die kommunistische Internationale die einzige wirkliche Befreierin der Arbeiterinteressen ist. Sie wissen, daß in der kommunistischen Internationale keine Arbeiterinteressen mit Füßen getreten werden. Was hat es nun mit dem Pfiff von Moskau auf sich? Die Komintern ist die höchste Instanz der kommunistischen Weltpartei. Ganz selbstverständlich mußte ihre Entscheidung angerufen werden, da Genosse Thälmann auch Mitglied des ZK ist.

Aber auch in Deutschland wandten sich sofort eine Anzahl Genossen und Organisationen gegen das Vorgehen gegen Thälmann. Das zeigt die an anderer Stelle abgedruckte Freitstellung einiger führender Funktionäre über den Beschluß vom 26. September und 5. Oktober. Auch die Bezirksleitung Ostpreußen nahm bereits am 3. Oktober Stellung und folgte dabei folgende Entscheidung:

„Somit die Engere W Ostpreußen bisher über die Angelegenheit des Genossen Thälmann unterrichtet ist, muß sie das Verhalten des Genossen Thälmann als einen Fehler mitbilligen. Die W kann sich aber keineswegs der Erkenntnis verschließen, daß Genosse Thälmann der Ansicht gewesen ist, durch sein Verhalten der Partei zu dienen.“

Diese Haltung war falsch. Keineswegs berechtigte dieser Vorgang aber das Vorgehen und den Beschluß des ZK. Die W ist der Meinung, daß die „Regelung“ der Angelegenheit keineswegs den Interessen der Partei entspricht, ja, nicht einmal einer solchen absoluten Absicht entsprungen ist. Wir sehen vielmehr in der „Regelung“ einen Vorstoß rechter Gruppierungen, die diese hageren Versetzung zu einer Kruppellen Überwindung benutzt haben. Die W sieht weiter in dieser „Regelung“ ein Zurückweichen der Mehrheit der ZK-Mitglieder vor den rechten Gruppierungen.

Die W sieht die Ursache der Entstehung dieser für die Partei gefährlichen Situation darin, daß die Vertreter der Politik der SPD und der Komintern, leider der Ewert-Gruppe nachgegeben haben, in dem Bestreben, die Auseinandersetzungen über die vorhandenen politischen Streitfragen nur in engstem Kreise der Spitzen und nicht vor dem breiteren Forum der aktiven Parteimitglieder zu führen, so die Parteimitgliedschaft uninformiert lassen, obgleich die überwältigende Mehrheit der Partei geschlossen gegenüber den Abweichungen und ihren Vertretern Stellung nehmen würde.

Die Durchführung der Politik der Partei wurde deshalb bisher oft entscheidend gehemmt durch Kompromisse der Vertreter der Politik des 6. Weltkongresses und des 4. KZ-Kongresses mit den Auffassungen der Ewertgruppe. Dies mußte zu einer Verwirrung der Mitgliedschaft führen.

Einsturz-Katastrophe in Prag

Ein Neubau mit 87 Arbeitern eingestürzt, nur 17 gerettet. Zahlreiche Passanten unter den Schuttmassen begraben

100 Todesopfer

Sehtempo der Arbeit, Rationalisierung, schlechtes Material — Die Profitgier der Unternehmer — Das sind die Ursachen des Arbeitermordes

III. Prag, 9. Oktober. Dienstagvormittag kürzte hier ein achtstöckiger Neubau vollständig ein. Der Umfang des Bauunglücks läßt sich im Augenblick nicht leichten, doch sollen fast alle dort beschäftigten Arbeiter verschüttet worden sein. Bei den Rettungsarbeiten sind bisher gegen 30 Schwerverletzte geborgen und in die Krankenhäuser eingeliefert worden.

Ueber die furchtbare Katastrophe, ihre Ursachen und Folgen berichtet heute morgen die bürgerliche Presse aus Prag:

Der Einsturz erfolgte bei dem achtstöckigen Neubau eines Geschäftshauses an der Ecke der Perlestrasse und der Bischofstrasse. Der Neubau war bereits im Rohbau fertiggestellt und das Gebäude unter Dach. Nachmittags, gegen 14 Uhr, hatten nach einem Bericht des Baubureaus insgesamt 87 Arbeiter die Arbeit ausgetreten. Außerdem arbeitete eine größere Anzahl von Monteuren und Installateuren in den Kellerräumen. Bis 20 Uhr war es gelungen, 10 Tote und etwa 30 Schwerverletzte zu bergen. Die übrigen Arbeiter scheinen verloren zu sein. Unter den Personen befinden sich auch der Bauleiter und der Leiter der Betonarbeiten. Da der Passantenverkehr an beiden Seiten des Schautes sehr groß war und der Bürgersteig bis weit in die Straße hinein verschüttet worden ist, beschütet man, daß etwa 20 bis 30 Fußgänger erschlagen unter den Schutt- und Mörtelmassen begraben liegen. Am Rande des Schutthaufens wurde gegen 20 Uhr unter einer Betonplatte

plattgedrückte Leiche einer jüngeren Frau geborgen. Außerdem wurden ein Kutschwagen und ein Kutschwagen mit den Fahrern und Pferden unter den Trümmern begraben.

Die ganze Baustelle war in wenigen Augenblicken ein weißer Trümmerhaufen, auf dem geknickte Balken, Betonträger und Gerüste wie durcheinanderlagen. Die ganze Holzverkleidung und die Eisenverankerung des Gerüsts hatten dem un-

Hermann Müller erfüllt Wahlversprechungen



Sozialdemokratische Kinderpeisung

Die stärkere und breitere Heranziehung des Funktionärs, laders sowie der gesamten Mitgliedschaft in allen Fragen des Parteilebens ist eine zwingende Notwendigkeit.

mierung der Mitgliedschaft führen. Die breitere Heranziehung des Funktionärs der Partei und der Mitgliedschaft wird jeden Klientenkampf in der Partei verhindern, Korruptionsstrebungen materieller und politischer Art von vornherein ersiden und das innerparteiliche Leben gemaltig heben.

Sofort nach Abschluß der Kampagne über den Volksentscheid ist im Zusammenhang mit der politischen Auswertung derselben eine breite innerparteiliche Diskussion über alle Streitfragen der Partei zu führen. Nur auf eine solche Weise ist die Voraussetzung zur Überwindung des schädlichen Fraktionskampfes in der Partei zu schaffen.

Wir erwarten die baldige Durchführung einer solchen Diskussion und sehen einer baldigen Antwort entgegen.

Die Bezirksleitung Ostpreußen ist stolz darauf, daß sich ihre Auffassung mit der Auffassung der obersten Instanz der kommunistischen Weltpartei deckt. Die Bezirksleitung ist gemäß, daß auch die Parteimitglieder, ja daß die gesamten revolutionären Arbeiter sich ihrer Auffassung anschließen werden. Einmütig wird die revolutionäre Arbeiterschaft den Verlust der Diskreditierung ihres Führers juridifizieren.

Als Antwort auf die Behauptung, daß alle Kräfte für die Durchführung des Volksbegehrens einsteht, Kampf den Imperialisten, Kampf den wirklich korrupten und gekauften sozialdemokratischen Führern — das ist jetzt die Parole jedes revolutionären Arbeiters.

Aus der Partei

Nichtstellung zur Erklärung der 25 ZK-Mitglieder. In der Erklärung der 25 Genossen ist die Zurückziehung der Zustimmung dieser Genossen zum Beschluß des ZK vom 26. September enthalten. Wir stellen dazu fest, daß einige Genossen bereits nach Kenntnis des Beschlusses aufs schärfste protestierten:

1. Genosse K e m m e l e durch seine Erklärung vom 27. September,
2. die Genossen H e d e r und U l d r i c h durch Telegramme aus Moskau,
3. Genosse K o d a k o v durch Erklärungen vom 28. September und 4. Oktober,
4. Genosse R e u m a n n durch Erklärung gegen die Veröffentlichung vom 26. September und durch Erklärung vom 30. September.

Beschluß zur Angelegenheit Hausen. In der Sitzung des Polbureaus vom 5. Oktober wurde einmütig beschlossen:

„Wegen des Verdachts gegen den Genossen Hausen, daß durch sein Verhalten seine im ZK abgegebene Erklärung in die Hände des Gegners geraten ist, wird vom Polbureau ein Untersuchungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Bis zur Erledigung des Verfahrens ruhen seine Funktionen.“

gehenden Druck nachgeben. Die ungeheure Wucht der herabstürzenden Baumassen hatte zur Folge, daß die Stromzuführungsleitungen, die mehrere Meter tief in der Straße eingebettet lagen, unterbrochen wurden. Das eingestürzte Haus war ein Eisenbetondeckel und hatte fünf Stockwerke oberirdisch und zwei Stockwerke unter der Erde.

Die Ursachen dieses furchtbaren Unglücks führt selbst die bürgerliche Presse darauf zurück, daß das „eingeschlagene Arbeitstempo keine Rücksicht darauf genommen habe, daß Betondecken mindestens 3 Wochen brauchen, um die notwendige Festigkeit und Tragfähigkeit zu erhalten“. Darüber hinaus wird eingestanden, daß außer Konstruktionsfehlern noch schlechte Qualitäten von Zement verwendet worden sind. Die unmittelbaren Ursachen der Katastrophe sind aber zweifellos die Baubestimmungen der Regierung und ein von ihr beschlossenes, zeitlich festgesetztes Gesetz über die Steuererleichterung, das für die Bauunternehmer Veranlassung gewesen ist, in einem geradezu unverantwortlichen Sehtempo den Bau auszuführen. Schon im Mai dieses Jahres ereignete sich in Prag eine ähnliche Einsturz-Katastrophe, bei der ebenfalls eine große Anzahl Bauarbeiter ihr Leben der Profitgier der Unternehmer zum Opfer gebracht haben. Der Bauarbeiterkampf in Prag bemächtigte sich damals eine ungeheure Entrüstung, die in riesiger Demonstration gegen die mangelhaften Bauarbeiterlöhne ihren Ausdruck fand. Auch heute zeigt sich wieder, daß die Rationalisierung im schädlichen Baugewerbe und die Profitgier der Bauherren die Schuld an dem 100fachen Arbeitermord sind. Das Prager Unglück ist ein erneutes Warnungssignal für die Bauarbeiterlöhne, den Kampf um ausreichenden internationalen Bauarbeiterlöhne mit allem Nachdruck aufzunehmen.

Für den Volksentscheid — gegen Panzerkreuzer!

Dem von uns vor einigen Tagen veröffentlichten Aufruf der Künstler und Geistesarbeiter Deutschlands für das Volksbegehren haben sich folgende Meister Künstler und Geistesarbeiter angeschlossen:

Will Seiser, Schriftsteller, Weihen,
Franz Kaufmann, Weihen,
Eurt Kahling, Kunstmaler, Weihen,
Joseph Schäfer, Architekt, Weihen,
Georg Küntler, Leiter der Volkshochschule Weihen,
Albin Scharie, Kunstmaler, Weihen.

Nur noch wenige Tage sind Zeit. Zeichnet euch ein! Folgt dem Beispiel der Künstler und Geistesarbeiter!

Weitere Erklärungen für das Volksbegehren

Die Mitgliederversammlung der Fußballabteilung Dresden-Süd nahm folgende Resolution an:

Dresden, 28. September 1928.

Die heute tagende Versammlung der Fußballabteilung Dresden-Süd begrüßt die Initiative der SPD zum Volksentscheid und glaubt, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die eingeleitete Aktion zu einem Siege der proletarischen Klasse wird.

Fußballabteilung Dresden-Süd.

Die Annahme erfolgte einstimmig.

Weltsprachverein „Jdo“ für Volksbegehren

Die am 7. Oktober im Volkshaus zum goldenen Feste in Jwiskau tagende Konferenz des Arbeiter-Jdo-Bundes, Distrikt Sachsen, nahm gegen eine Stimme einen Antrag der Ortsgruppe Weipzig an, der folgenden Wortlaut hat: „Die Konferenz des sächsischen Distrikts des Internationalen Arbeiter-Jdo-Bundes begrüßt das gegenwärtige Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern und ruft alle Mitglieder auf, sich einzusetzen sowie auch sonstige aktive Unterstützung zu leisten.“

Ungenügender Schiedsbruch in Waldenburg

Waldenburg, 9. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Am gestrigen Montag abend wurde für den Waldenburger Bergbau ein Schiedspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 8 Prozent vorsieht. Die Geltungsdauer des neuen Lohnsolls soll bis 30. September 1929, also ein ganzes Jahr, laufen. Die Unternehmer weigerten sich, das Arbeitsverhältnis als ununterbrochen zu betrachten. Die Erklärung vertritt laut Dienstag abend ab. Erklärungen der Gewerkschaftsvertreter und Unternehmer liegen noch nicht vor. Heute findet eine Revision der Entscheidung statt. Die ursprüngliche Forderung der Bergarbeiter lautete auf 15prozentige Erhöhung sämtlicher Löhne. Die Opposition forderte 30 Prozent der Lohnlöhne; sie verlangt jetzt Ablehnung des völlig ungenügenden Schiedspruchs und verstärkte Forderung des Kampfes bis zum Sieg.

Die Arbeiter lehnen ab

Der Streit wird fortgesetzt

Dresden, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der gestern gefällte Schiedspruch für die Waldenburger Bergarbeiter wurde in der Reichskonferenz abgelehnt. Der Streit wurde fortgesetzt.

Dieser Ablehnungsbeschluss der Reichskonferenz gibt ein Bild von der Erbitterung und der Kampfbereitschaft der streikenden Bergarbeiter, unter deren Druck die Reichskonferenz den Schiedspruch ablehnen mußte. Das wichtigste ist jetzt für die Bergarbeiter, eine Verbindlichkeitsklärung zu verhindern bzw. alle Vorbereitungen zu treffen für die Fortleitung des Kampfes auch im Falle der Verbindlichkeitsklärung. Kampf bis zur restlichen Erfüllung der Forderungen ist die Parole.

Der Reichler Formaris verlangt schon die Verbindlichkeitsklärung, indem er schreibt: „Der Streitfall kommt nun vor das Reichsarbeitsministerium. Das Ministerium muß für eine wirkliche Friedenssicherung sorgen und darüber hinaus sich dafür einsetzen, daß die Waldenburger Probleme, die ja im Grunde mehr rein wirtschaftliche als sozialpolitische Probleme sind, einmal vom Grund auf angepackt und zur Erledigung gebracht werden ... Eine Regelung muß bald erfolgen.“

Ergebnislos

Verhandlungen in der chemischen Textilindustrie gescheitert. Essen, 10. Okt. (Eig. Drahtmeldung.)

Die gestrigen unerbittlichen Verhandlungen des Schlichtungsausschusses für den Tarifstreit in der Textilindustrie sind nach 4stündiger Dauer ergebnislos verlaufen.

Die Unternehmer nehmen an

Weipzig, 10. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Arbeitszeitbeschränkungen für die sächsisch-thüringischen Webereien und für die sächsische Textilindustrie sind von den Unternehmern angenommen, von den Arbeiter abgelehnt worden.

Witterungsaussichten für 11. Oktober: Unbeständig (Niedermittlung); eckelnd, vorwiegend stark bewölkt, Niederschlagsreicher, weiterer Temperaturrückgang, im Gebirge rau, zeitweise, besonders in höheren Lagen lebhaftes Windes weicher Richtungen.